

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Harald Güller, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Horst Arnold, Dr. Thomas Beyer, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Natascha Kohnen, Franz Maget, Christa Naaß, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Beobachtung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten durch den Verfassungsschutz in Bayern einstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Landesamt für Verfassungsschutz anzuweisen, die Beobachtung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) einzustellen und die Organisation in den Publikationen des Landesamtes nicht mehr unter der Rubrik „Linksextremismus“ zu erwähnen.

Begründung:

In der VVN-BdA haben sich Verfolgte des Naziregimes, deren Angehörige und Nachkommen sowie Vertreter jüngerer Generationen zusammengeschlossen. Ziel der VVN-BdA ist es, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten, dem Rechtsextremismus entgegenzutreten und die Demokratie zu stärken. Eine Vielzahl von Mitgliedern der VVN-BdA sind gerade für dieses Engagement mit höchsten staatlichen Orden ausgezeichnet worden.

Die Etikettierung der VVN-BdA als „linksextremistisch“ stellt eine persönliche Diffamierung der älteren Mitglieder der Vereinigung dar, die noch unter dem Naziterror in den Konzentrationslagern leiden mussten und wird ihrem Engagement für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft nicht gerecht. Stichhaltige und überzeugende Begründungen für die Etikettierung der Organisation als linksextremistisch liegen nicht vor. Vielmehr begnügt sich das Landesamt für Verfassungsschutz mit immer wieder stereotyp wiederholten bloßen Behauptungen.

Die VVN-BdA wird weder im Bund noch in vierzehn von 16 Bundesländern durch die Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Lediglich der Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg halten nach wie vor an der Beobachtung und regelmäßigen Erwähnung der VVN-BdA in ihren Publikationen als „linksextremistisch“ fest.